

Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuern (Albanien), Fassung vom 22.02.2024

Langtitel

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK ALBANIEN ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN UND ZUR VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG
StF: BGBl. III Nr. 107/2008 (NR: GP XXIII RV 450 AB 518 S. 55. BR: AB 7917 S. 755.)

Sonstige Textteile

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

Ratifikationstext

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 17. Juni 2008 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am 1. September 2008 in Kraft.

Präambel/Promulgationsklausel

Die Republik Österreich und die Republik Albanien, von dem Wunsche geleitet, für Zwecke der Weiterentwicklung und Erleichterung ihrer Wirtschaftsbeziehungen ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerumgehung abzuschließen, haben Folgendes vereinbart:

Text

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Albanien:

- i) die Einkommensteuern (einschließlich der Steuer auf Körperschaftsgewinne und der Einkommensteuer natürlicher Personen);
 - ii) die Steuer auf Kleinunternehmerische Tätigkeiten; und
 - iii) die Vermögensteuer;
- (im Folgenden als "albanische Steuer" bezeichnet);

- b) in Österreich:
- i) die Einkommensteuer;
 - ii) die Körperschaftsteuer;
 - iii) die Grundsteuer;
 - iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
 - v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;
- (im Folgenden als "österreichische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, Albanien oder Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck "Albanien" die Republik Albanien und, im geographischen Sinn verwendet, das Gebiet der Republik Albanien, einschließlich der Hoheitsgewässer und des darüber befindlichen Luftraums, sowie alle Gebiete, die über die Hoheitsgewässer der Republik Albanien hinausgehen und die nach ihrem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Gebiete sind, in denen die Republik Albanien ihre Rechte hinsichtlich des Meeresgrundes und des Meeresuntergrundes sowie ihrer Bodenschätze ausüben darf;
 - c) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
 - d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - i) in Albanien: die Direktion für Allgemeines Steuerwesen;
 - ii) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Eintragung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der

Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst auch:

- a) eine Bauausführung oder Montage oder eine damit zusammenhängende Überwachungstätigkeit, jedoch nur dann, wenn diese Ausführung, Montage oder Tätigkeit die Dauer von neun Monaten während des betreffenden Kalenderjahres überschreitet; und
- b) die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich Beratungsleistungen eines Unternehmens durch Arbeitnehmer oder anderes Personal, die dieses Unternehmen zu diesem Zweck beschäftigt, jedoch nur dann, wenn derartige Tätigkeiten innerhalb des Landes die Dauer von insgesamt sechs Monaten während des betreffenden Kalenderjahres übersteigen.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens

Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck “unbewegliches Vermögen” hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT, BINNENSCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;

b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien jeder Art oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2

- a) sind Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an die Regierung des anderen Vertragsstaats gezahlt werden, von der Besteuerung im erstgenannten Staat ausgenommen;
- b) sind Zinsen, die für Darlehen oder Kredite gezahlt werden, die von der Österreichischen Kontrollbank AG oder einem ähnlichen öffentlichen Rechtsträger Albaniens zur Förderung des Exportes gewährt, garantiert oder versichert werden, von der Besteuerung in dem Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, ausgenommen.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt

die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem

Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus ähnlicher sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, es liegen die folgenden Umstände vor, unter denen diese Einkünfte auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen:

- a) der Person steht im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung; in diesem Fall dürfen die Einkünfte im anderen Staat nur insoweit besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können; oder
- b) die Person hält sich im anderen Vertragsstaat insgesamt 183 Tage oder länger innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, auf; in diesem Fall dürfen die Einkünfte im anderen Staat nur insoweit besteuert werden, als sie aus ihrer im anderen Staat ausgeübten Tätigkeit erzielt werden.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Wirtschaftsprüfer und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats oder eines ähnlichen Organs einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als

Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließend Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

(1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und

i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

(2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) In Bezug auf Zuschüsse, Stipendien und Vergütungen aus unselbständiger Arbeit, die nicht unter Absatz 1 fallen, hat der in Absatz 1 beschriebene Student während seines Studiums oder seiner Ausbildung zusätzlich Anspruch auf dieselben Steuerbefreiungen, -vergünstigungen oder -ermäßigungen, welche den Personen zustehen, die in dem Staat ansässig sind, in den er eingereist ist.

Artikel 21 ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22 VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23 VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Albanien:

- a) Bezieht eine in Albanien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Albanien
 - i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende albanische Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
 - ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende albanische Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten albanischen Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

- b) Einkünfte oder Vermögen einer in Albanien ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Albanien auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Albanien bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Albanien besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Albanien besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Albanien gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Albanien bezogenen Einkünfte entfällt.

- c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- d) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Albanien dieses Abkommen so anwendet, dass Albanien diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10, 11 oder 12 auf diese Einkünfte anwendet.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem *Ordre public* widerspräche.

Artikel 27

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Tirana, am 14. Dezember 2007, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerumgehung, das heute zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 11:

Es besteht Einvernehmen, dass die in Artikel 11 Absatz 3 lit. b vorgesehene Befreiung nur in Bezug auf Zinsen für Darlehen und Kredite gilt, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, wenn diese Zinsen im Zusammenhang mit Exportgeschäften zwischen den beiden Staaten stehen.

2. Zu Artikel 12:

In Bezug auf Artikel 12 gelten Vergütungen, die für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Gutachten wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art, oder für Engineering-Verträge einschließlich der damit in Zusammenhang stehenden Entwürfe, oder für Beratungs- und Überwachungsleistungen gezahlt werden, nicht als Vergütungen, die für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

Es besteht ebenso Einvernehmen, dass für Zwecke der Unterscheidung zwischen Vergütungen für Dienstleistungen, die unter Artikel 7 fallen, und Vergütungen für Know-how, die unter Artikel 12 fallen, die damit im Zusammenhang stehenden Kosten (Lohnkosten, Reiseaufwendungen, Back-Office-Kosten und dergleichen) berücksichtigt werden. Das heißt, dass in Fällen, in denen durch die Vergütungen hauptsächlich derartige Kosten abgegolten werden (wobei ein angemessener Gewinnaufschlag Berücksichtigung findet), diese Vergütungen keine Lizenzgebühr darstellen. Sind diese Kosten im Verhältnis zur Gesamtvergütung jedoch unverhältnismäßig niedrig, so stellen die Vergütungen eine Lizenzgebühr dar.

3. Zu Artikel 16:

Es besteht Einvernehmen, dass Vergütungen, die ein Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats auf Grund eines Dienst- oder Werkvertrages in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer (Manager) oder Berater bezieht, nicht unter Artikel 16 fallen.

4. Zu Artikel 17 Absatz 3:

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

5. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor In-Kraft-Treten des Abkommens übermittelt worden ist;
- d) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar - der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann - stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Tirana, am 14. Dezember 2007, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2008

Ausgegeben am 21. August 2008

Teil III

107. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerumgehung samt Protokoll (NR: GP XXIII RV 450 AB 518 S. 55. BR: AB 7917 S. 755.)

107.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerumgehung samt Protokoll

[deutscher Vertragstext siehe Anlagen]

[albanischer Vertragstext siehe Anlagen]

[englischer Vertragstext siehe Anlagen]

Die vom Bundespräsidenten unterzeichnete und vom Bundeskanzler gegengezeichnete Ratifikationsurkunde wurde am 17. Juni 2008 ausgetauscht; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 am 1. September 2008 in Kraft.

Gusenbauer

**ABKOMMEN ZWISCHEN
DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK ALBANIEN
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN
UND VOM VERMÖGEN UND ZUR VERHINDERUNG DER
STEUERUMGEHUNG**

Die Republik Österreich und die Republik Albanien, von dem Wunsche geleitet, für Zwecke der Weiterentwicklung und Erleichterung ihrer Wirtschaftsbeziehungen ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerumgehung abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Albanien:

- i) die Einkommensteuern (einschließlich der Steuer auf Körperschaftsgewinne und der Einkommensteuer natürlicher Personen);
- ii) die Steuer auf kleinunternehmerische Tätigkeiten; und
- iii) die Vermögensteuer;

(im Folgenden als "albanische Steuer" bezeichnet);

b) in Österreich:

- i) die Einkommensteuer;
- ii) die Körperschaftsteuer;
- iii) die Grundsteuer;
- iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

(im Folgenden als "österreichische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

Artikel 3

ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, Albanien oder Österreich;
 - b) bedeutet der Ausdruck "Albanien" die Republik Albanien und, im geographischen Sinn verwendet, das Gebiet der Republik Albanien, einschließlich der Hoheitsgewässer und des darüber befindlichen Luftraums, sowie alle Gebiete, die über die Hoheitsgewässer der Republik Albanien hinausgehen und die nach ihrem Recht und in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Gebiete sind, in denen die Republik Albanien ihre Rechte hinsichtlich des Meeresgrundes und des Meeresuntergrundes sowie ihrer Bodenschätze ausüben darf;
 - c) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
 - d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
 - e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
 - f) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
 - g) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
 - h) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
 - i) in Albanien: die Direktion für Allgemeines Steuerwesen;
 - ii) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
 - i) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
 - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

Artikel 4

ANSÄSSIGE PERSON

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Eintragung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

BETRIEBSTÄTTE

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,

- e) eine Werkstätte und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst auch:

- a) eine Bauausführung oder Montage oder eine damit zusammenhängende Überwachungstätigkeit, jedoch nur dann, wenn diese Ausführung, Montage oder Tätigkeit die Dauer von neun Monaten während des betreffenden Kalenderjahres überschreitet; und
- b) die Erbringung von Dienstleistungen einschließlich Beratungsleistungen eines Unternehmens durch Arbeitnehmer oder anderes Personal, die dieses Unternehmen zu diesem Zweck beschäftigt, jedoch nur dann, wenn derartige Tätigkeiten innerhalb des Landes die Dauer von insgesamt sechs Monaten während des betreffenden Kalenderjahres übersteigen.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler,

Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

UNTERNEHMENSGEWINNE

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

SEESCHIFFFAHRT, BINNENSCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(4) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

Artikel 9

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder

- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

Artikel 10

DIVIDENDEN

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmungen durchzuführen sind.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien jeder Art oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Zinsen eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2

- a) sind Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an die Regierung des anderen Vertragsstaats gezahlt werden, von der Besteuerung im erstgenannten Staat ausgenommen;
- b) sind Zinsen, die für Darlehen oder Kredite gezahlt werden, die von der Österreichischen Kontrollbank AG oder einem ähnlichen öffentlichen Rechtsträger Albaniens zur Förderung des Exportes gewährt, garantiert oder versichert werden, von der Besteuerung in dem Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, ausgenommen.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit

durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12

LIZENZGEBÜHREN

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Lizenzgebühren dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Lizenzgebühren eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 5 vom Hundert des Bruttobetrag der Lizenzgebühren nicht übersteigen. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie diese Begrenzungsbestimmung durchzuführen ist.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für

die die Lizenzgebühren gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

SELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus ähnlicher sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, es liegen die folgenden Umstände vor, unter denen diese Einkünfte auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen:

- a) der Person steht im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung; in diesem Fall dürfen die Einkünfte

im anderen Staat nur insoweit besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können; oder

- b) die Person hält sich im anderen Vertragsstaat insgesamt 183 Tage oder länger innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, auf; in diesem Fall dürfen die Einkünfte im anderen Staat nur insoweit besteuert werden, als sie aus ihrer im anderen Staat ausgeübten Tätigkeit erzielt werden.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Zahnärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Wirtschaftsprüfer und Buchsachverständigen.

Artikel 15

UNSELBSTÄNDIGE ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten, der während des betreffenden Kalenderjahres beginnt oder endet, aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16

AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder

Verwaltungsrats oder eines ähnlichen Organs einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17

KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließenden Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

Artikel 18

RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19

ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
 - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.

- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 oder 18 anzuwenden.

Artikel 20

STUDENTEN

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) In Bezug auf Zuschüsse, Stipendien und Vergütungen aus unselbständiger Arbeit, die nicht unter Absatz 1 fallen, hat der in Absatz 1 beschriebene Student während seines Studiums oder seiner Ausbildung zusätzlich Anspruch auf dieselben Steuerbefreiungen, -vergünstigungen oder -ermäßigungen, welche den Personen zustehen, die in dem Staat ansässig sind, in den er eingereist ist.

Artikel 21

ANDERE EINKÜNFTE

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22

VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 23

VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Albanien:

- a) Bezieht eine in Albanien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Albanien
 - i) auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende albanische Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Einkommen entspricht;
 - ii) auf die vom Vermögen dieser Person zu erhebende albanische Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer vom Vermögen entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten albanischen Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

- b) Einkünfte oder Vermögen einer in Albanien ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Albanien auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Albanien bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Albanien besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 in Albanien besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Albanien gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Albanien bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- d) Lit. a gilt nicht für Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, wenn Albanien dieses Abkommen so anwendet, dass Albanien diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung ausnimmt oder Absatz 2 des Artikels 10, 11 oder 12 auf diese Einkünfte anwendet.

Artikel 24

GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 25

VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 26

INFORMATIONSAUSTAUSCH

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und

der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public widerspräche.

Artikel 27

MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

IN-KRAFT-TRETEN

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist, und seine Bestimmungen finden für alle Steuerjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem der Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgt ist.

Artikel 29

KÜNDIGUNG

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann es am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten schriftlich auf diplomatischem Weg

kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die nach dem 31. Dezember des Kalenderjahres beginnen, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Tirana, am 14. Dezember 2007, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:
Klaus Derkowitsch m.p.

Für die Republik Albanien:
Ridvan Bode m.p.

PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und zur Verhinderung der Steuerumgehung, das heute zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

1. Zu Artikel 11:

Es besteht Einvernehmen, dass die in Artikel 11 Absatz 3 lit. b vorgesehene Befreiung nur in Bezug auf Zinsen für Darlehen und Kredite gilt, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, wenn diese Zinsen im Zusammenhang mit Exportgeschäften zwischen den beiden Staaten stehen.

2. Zu Artikel 12:

In Bezug auf Artikel 12 gelten Vergütungen, die für technische Dienstleistungen einschließlich Studien oder Gutachten wissenschaftlicher, geologischer oder technischer Art, oder für Engineering-Verträge einschließlich der damit in Zusammenhang stehenden Entwürfe, oder für Beratungs- und Überwachungsleistungen gezahlt werden, nicht als Vergütungen, die für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

Es besteht ebenso Einvernehmen, dass für Zwecke der Unterscheidung zwischen Vergütungen für Dienstleistungen, die unter Artikel 7 fallen, und Vergütungen für Know-how, die unter Artikel 12 fallen, die damit im Zusammenhang stehenden Kosten (Lohnkosten, Reiseaufwendungen, Back-Office-Kosten und dergleichen) berücksichtigt werden. Das heißt, dass in Fällen, in denen durch die Vergütungen hauptsächlich derartige Kosten abgegolten werden (wobei ein angemessener Gewinnaufschlag Berücksichtigung findet), diese Vergütungen keine Lizenzgebühr darstellen. Sind diese Kosten im Verhältnis zur Gesamtvergütung jedoch unverhältnismäßig niedrig, so stellen die Vergütungen eine Lizenzgebühr dar.

3. Zu Artikel 16:

Es besteht Einvernehmen, dass Vergütungen, die ein Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats auf Grund eines Dienst- oder Werkvertrages in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer (Manager) oder Berater bezieht, nicht unter Artikel 16 fallen.

4. Zu Artikel 17 Absatz 3:

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften im Wesentlichen ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

5. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, die einer der beiden Vertragsstaaten in einer veröffentlichten Erklärung vornimmt, die der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats vor In-Kraft-Treten des Abkommens übermittelt worden ist;
- d) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar - der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann - stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Tirana, am 14. Dezember 2007, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, albanischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:
Klaus Derkowitsch m.p.

Für die Republik Albanien:
Ridvan Bode m.p.

**KONVENTE NDERMJET
REPUBLIKES SE AUSTRISE DHE REPUBLIKES SE SHQIPERISE
PER SHMANGIEN E TAKSIMIT TE DYFISHTE
LIDHUR ME TATIMET MBI TE ARDHURAT DHE MBI KAPITALIN
DHE PER PARANDALIMIN E EVAZIONIT FISKAL**

Republika e Austrise dhe Republika e Shqiperise, duke deshiruar, me qellim zhvillimin e metejshem dhe lehtesimin e marredhenieve te tyre ekonomike, te perfundojne nje Konvente per eleminimin e tatimeve te dyfishta lidhur me tatimet mbi te ardhurat dhe mbi kapitalin dhe per parandalimin e evazionit fiskal,

Kane rene dakord per sa vijon:

NENI 1

FUSHEVEPRIMI I KONVENTES

Kjo Konventë do të zbatohet ndaj personave që janë rezidentë të njërit ose e të dy Shteteve Kontraktuese.

NENI 2

TATIMET QE MBULON KONVENTA

(1) Kjo Konventë do të zbatohet për tatimet mbi të ardhurat dhe mbi kapitalin të zbatuara në emër të një Shteti Kontraktues, një nënndarje politike ose autoritetet e tij lokale, pamvarësisht nga mënyra e vjeljes së tyre.

(2) Do të konsiderohen tatime mbi të ardhurat dhe mbi kapitalin të gjitha tatimet e vendosura mbi të ardhurat totale, mbi kapitalin në total, ose mbi elementë të të ardhurave ose të kapitalit.

(3) Tatimet egzistuese ndaj të cilave do të zbatohet Konventa janë në veçanti:

a) në Shqipëri:

- i. tatimi mbi të ardhurat (duke përfshirë tatim fitimin e personave juridike dhe tatimin mbi të ardhurat personale);
- ii. tatimi mbi aktivitetet e biznesit të vogël;
- iii. tatimi mbi pasurine;

(në vijim do t'i referohemi si "tatimet Shqiptare");

b) në Austri:

- i. tatimi mbi të ardhurat (die Einkommensteuer);
- ii. tatimi mbi fitimin e personave juridike (die Körperschaftsteuer);
- iii. tatimi mbi token (die Grundsteuer);
- iv. tatimi mbi ndermarrjet bujqesore dhe pyjore (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- v. tatimi mbi vlerën e parcelave (sipërfaqeve) vakante (bosh) (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

(në vijim do t'i referohemi si "tatimet Austriake").

(4) Konventa do të zbatohet gjithashtu për çdo tatim të njëllajtë ose tepër të ngjashëm, të cilët do të vendosen pas datës së nënshkrimit të Konventës si shtojcë ose në vend të tatimeve ekzistuese. Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese do të njoftojnë njëri tjetrin për çdo ndryshim thelbësor që është bërë në ligjet tyre përkatëse tatimore.

NENI 3**PERKUFIZIME TE PERGJITHSHME**

- (1) Për qëllimet e kësaj Konvente, përderisa përmbajtja të mos e kërkojë ndryshe:
- a) termat "Shtet Kontraktues" dhe "Shteti tjetër Kontraktues" nënkuptojnë Shqipërinë ose Austrinë, siç e kërkon përmbajtja;
 - b) termi "Shqipëria" nënkupton Republikën e Shqipërisë, dhe kur përdoret në sensin gjeografik, nënkupton territorin e Republikës së Shqipërisë përfshirë ujrat territoriale dhe hapsirën ajrore mbi to si edhe çdo zonë tej ujrave territoriale të Republikës së Shqipërisë, e cila, në përputhje me të drejtën ndërkombëtare dhe me ligjet e saj, është një zonë brenda së cilës Republika e Shqipërisë, ushtron të drejtat e saj në lidhje me tabanin detar dhe nëntokën dhe burimet e tyre natyrore;
 - c) termi "Austri" nënkupton Republikën e Austrisë;
 - d) termi "person" përfshin një individ, një shoqëri dhe çdo grup tjetër personash;
 - e) termi "shoqeri" nënkupton çdo ent ligjor i cili trajtohet si person juridike për qëllime tatimore;
 - f) termat "sipërmarrje e një Shteti Kontraktues" dhe "sipërmarrje e Shtetit tjetër Kontraktues" nënkuptojnë respektivisht një sipërmarrje të ushtruar nga një rezident i një Shteti Kontraktues dhe një sipërmarrje të ushtruar nga një rezident i Shtetit tjetër Kontraktues;
 - g) termi "trafik ndërkombëtar" nënkupton çdo transport me anije, avjon, apo mjet rrugor ose hekurudhor, që operohet nga një sipërmarrje e një Shteti Kontraktues, përveç kur këto mjete transporti veprojnë vetëm midis vendeve të ndodhura në Shtetin tjetër Kontraktues;
 - h) termi "autoritet kompetent" nënkupton:
 - (i) në rastin e Shqipërisë: Drejtorinë e Pergjithshme të Tatimeve;
 - (ii) në rastin e Austrisë: Ministrinë Federal të Financave ose perfaqësuesin e tij të autorizuar;
 - i) termi "nënshtetas" nënkupton:
 - (i) çdo individ që zotëron nënshtetësinë e një Shteti Kontraktues;
 - (ii) çdo person juridik, ortakëri ose shoqatë që gëzon statusin si e tillë, në përputhje me ligjet në fuqi në një Shtet Kontraktues;

(2) Përsa i përket zbatimit të Konventës në çdo kohë nga një Shtet Kontraktues, çdo term që nuk është përcaktuar këtu, përveç kur përmbajtja e kërkon ndryshe, do të ketë kuptimin që i është dhënë në atë moment sipas legjislacionit të atij Shteti lidhur me tatimet ndaj të cilave zbatohet Konventa. Çdo kuptim i një termi sipas ligjeve tatimore në fuqi në atë Shtet do të ketë prioritet mbi kuptimin që i jepet atij termi në ligje të tjera të atij Shteti.

NENI 4

REZIDENTI

(1) Për qëllime të kësaj Konvente, termi "rezident i një Shteti Kontraktues" nënkupton çdo person që, sipas ligjeve të atij Shteti, është subjekt i tatimeve atje për shkak të vendbanimit, rezidencës, vendit të drejtimit, vendit të regjistrimit apo çdo kriteri tjetër të një natyre të ngjashme dhe gjithashtu përfshin atë Shtet dhe çdo nëndarje politike apo autoritet lokal atje. Megjithatë, ky term nuk përfshin personat që i nënështrohen tatimit në atë Shtet vetëm për të ardhurat e realizuara në atë Shtet apo kapitalit të vendosur aty.

(2) Kur për shkak të dispozitave të paragrafit 1 një individ është rezident i të dy Shteteve Kontraktuese atëhere statusi i tij do të përcaktohet si vijon:

- a) ai do të konsiderohet rezident vetëm i Shtetit në të cilin ai ka një banesë të përhershme në dispozicion të tij; nëqoftëse ai ka një banesë të përhershme në dispozicion të tij në të dy Shtetet, ai do të konsiderohet rezident vetëm i Shtetit me të cilin interesat e tij personale dhe ekonomike janë të lidhura më ngushtë (qendra e interesave jetike);
- b) nëqoftëse Shteti në të cilin ai ka qendrën e interesave jetike nuk mund të përcaktohet, ose nëqoftëse ai nuk ka një banesë të përhershme në dispozicion të tij në asnjërin Shtet, ai do të konsiderohet rezident vetëm i Shtetit Kontraktues në të cilin ai qëndron rregullisht;
- c) nëqoftëse ai qëndron rregullisht në të dy Shtetet ose në asnjërin prej tyre, ai do të konsiderohet rezident vetëm i Shtetit Kontraktues nënshtetas i të cilit ai është;
- d) nëqoftëse ai është nënshtetas i të dy Shteteve ose i asnjërit prej tyre, autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese do ta zgjidhin çështjen me mirëkuptim reciprok.

(3) Kur për shkak të dispozitave të paragrafit 1, një person juridik është rezident i të dy Shteteve Kontraktuese, atëhere ai do të konsiderohet rezident i Shtetit në të cilin ndodhet vendi i tij i drejtimit efektiv.

NENI 5

SELIA E PERHERSHME

(1) Për qëllime të kësaj Konvente termi "seli e përhershme" nënkupton një vend fiks biznesi nëpërmjet të cilit ushtrohet tërësisht ose pjesërisht aktiviteti i një sipërmarrje.

(2) Termi "seli e përhershme" përfshin në veçanti:

- a) një vend drejtimi;
- b) një dege;
- c) një zyre;

- d) nje fabrike;
- e) nje punishte, dhe
- f) nje minierie, nje pus nafte ose gazi, nje gurore ose çdo vend tjetër për shfrytëzimin e burimeve natyrore.

(3) Termi "seli e perhershme" do te perfshije gjithashtu:

- a) një shesh ndërtimi, një konstruksion, projekt montimi apo instalimi ose projekte mbikqyrjeje të lidhura me to, por vetëm kur një shesh i tillë, projekte apo aktivitete vazhdojnë brenda këtij vendi për një periudhë prej më shumë se nëntë muaj, në vitin perkates kalendarik, dhe
- b) kryerjen e furnizimit të shërbimeve, përfshirë shërbime konsulence, nga një sipërmarrje nëpërmjet të punësuarve apo edhe personeli tjetër të zënë me punë nga sipërmarrja për këtë qëllim, por vetëm kur aktivitete të kësaj natyre vazhdojnë për të njëjtin projekt ose projekte të lidhur me të, brenda vendit për një periudhë ose periudha që në total i kalojnë gjashtë muaj në vitin përkatës kalendarik.

(4) Pamvarësisht nga dispozitat e mësipërme të këtij Neni termi "seli e përherëshme" nuk do të përfshijë:

- a) përdorimin e mjediseve vetëm për qëllime magazinimi ose ekspozimi të mallrave që i përkasin sipërmarrjes;
- b) mbajtjen e një gjëndje mallrash që i përkasin sipërmarrjes vetëm për qëllime magazinimi ose ekspozimi;
- c) mbajtjen e një gjëndje mallrash që i përkasin sipërmarrjes vetëm për qëllime përpunimi nga një sipërmarrje tjetër;
- d) mbajtjen e një vendi fiks biznesi vetëm me qëllim blerjen e mallrave ose për mbledhje informacioni, për sipërmarrjen;
- e) mbajtjen e një vendi fiks biznesi vetëm për qëllim ushtrimi, për sipërmarrjen, të çdo aktiviteti tjetër me karakter përgatitor ose ndihmës;
- f) mbajtjen e një vendi fiks biznesi vetëm për çdo kombinim të aktiviteteve të përmendura në nënparagrafët a) deri e), me kusht që i tërë aktiviteti i vendit fiks të biznesit që rezulton nga ky kombinim të jetë i një karakteri përgatitor ose ndihmës.

(5) Pamvarësisht nga dispozitat e paragrafeve 1 dhe 2, kur një person -i ndryshëm nga një agjent me status të pavarur ndaj të cilit zbatohet paragrafi 6- vepron në një Shtet Kontraktues në emër të një sipërmarrje të Shtetit tjetër Kontraktues, kjo sipërmarrje do të konsiderohet se ka një seli të përherëshme në Shtetin e përmendur në fillim lidhur me çdo aktivitet që ai person ndërmerr për sipërmarrjen, nëse ky person ka dhe zakonisht ushtron në Shtetin e përmendur në fillim një autoritet për të përfunduar kontrata në emër të sipërmarrjes, përveç kur aktivitetet e këtij personi kufizohen në ato të përmendura në paragrafin 4 që, edhe pse ushtrohen nëpërmjet një vendi fiks biznesi, nuk do ta bënin këtë vend fiks biznesi një seli të përherëshme sipas dispozitave të atij paragrafi.

(6) Një sipërmarrje nuk do të konsiderohet se ka një seli të përhershme në një Shtet Kontraktues, vetëm për faktin se ajo ushtron biznes në këtë Shtet nëpërmjet një ndërmjetesi, komisioneri të përgjithshëm apo çdo lloj agjenti tjetër me një status të pavarur, me kusht që të tillë persona veprojnë brenda kuadrit të zakonshëm të aktivitetit të tyre.

(7) Fakti që një shoqëri që është rezidente e një Shteti Kontraktues kontrollon ose kontrollohet nga një shoqëri që është rezidente e Shtetit tjetër Kontraktues, ose që ushtron aktivitet në atë Shtet tjetër (nëpërmjet një selie të përhershme ose në forma të tjera) nuk përbën në vetvete arsye të mjaftueshme për të konsideruar një kompani seli të përhershme të tjetrës.

NENI 6

TE ARDHURAT NGA PASURIA E PALUAJTSHME

(1) Të ardhurat e realizuara nga një rezident i një Shteti Kontraktues nga pasuria e paluajtshme (përfshirë të ardhurat nga bujqësia dhe pyjet) të vendosura në Shtetin tjetër Kontraktues mund të tatonen në këtë Shtet tjetër.

(2) Termi "pasuri e paluajtshme" do të ketë kuptimin që ka sipas ligjit të Shtetit Kontraktues ku është vendosur prona në fjalë. Në çdo rast ky term do të përfshijë pasuritë aksesore të pasurisë së paluajtshme, inventarin e gjallë dhe paisjet e përdorura në bujqësi e në pyje, të drejtat ndaj të cilave zbatohen dispozitat e legjislacionit të përgjithshëm lidhur me pronën mbi tokën, uzufrukti i pasurive të paluajtshme dhe të drejtat ndaj pagesave fikse ose variabël për shfrytëzimin ose të drejtën për të shfrytëzuar vendburimet minerare dhe burime e pasuri të tjera natyrore. Anijet dhe avionët nuk konsiderohen pasuri të paluajtshme.

(3) Dispozitat e paragrafit 1 do të zbatohen ndaj të ardhurave të realizuara nga përdorimi direkt, dhënia me qira, ose përdorimi në çdo formë tjetër i pasurive të paluajtshme.

(4) Dispozitat e paragrafëve 1 dhe 3 do të zbatohen gjithashtu ndaj të ardhurave nga pasuria e paluajtshme e një sipërmarrje dhe ndaj të ardhurave nga pasuria e paluajtshme e përdorur për kryerjen e shërbimeve personale të pavarura.

NENI 7

FITIMET NGA BIZNESI

(1) Fitimet e një sipërmarrje të një Shteti Kontraktues do të tatonen vetëm në atë Shtet përveç kur sipërmarrja ushtron biznes në Shtetin tjetër Kontraktues nëpërmjet një selie të përhershme të vendosur atje. Nëqoftëse sipërmarrja ushtron aktivitetin në mënyrën e sipërpërmendur, fitimet e sipërmarrjes mund të tatonen në Shtetin tjetër por vetëm ajo pjesë e tyre që i atribuohet asaj selie të përhershme.

(2) Pa cënuar dispozitat e paragrafit 3, kur një sipërmarrje e një Shteti Kontraktues ushtron biznes në Shtetin tjetër Kontraktues nëpërmjet një selie të përhershme të vendosur aty, atëherë në secilin Shtet Kontraktues selisë së përhershme do t'i atribuohen fitimet që ajo do të realizonte sikur ajo të ishte një sipërmarrje e veçantë dhe e pavarur që do të vepronte në të njëjtin aktivitet ose në aktivitete të ngjashme, nën kushte të njëjta ose të

ngjashme dhe vepron tërësisht e pavarur me sipermarrjen seli e perhershme e se ciles ajo eshte.

(3) Në përcaktimin e fitimeve të një selie të përhershme, do të lejohet zbritja e shpenzimeve që janë kryer për qëllime të biznesit të selisë së përhershme, përfshirë shpenzimet e përgjithshme administrative dhe ekzekutive të kryera për këtë qëllim, si në Shtetin ku ndodhet selia e përhershme ashtu edhe gjetkë.

(4) Kur në një Shtet Kontraktues përcaktimi i fitimeve që do t'i atribuohen një selie të përhershme zakonisht bëhet në bazë të ndarjes të fitimeve totale të sipërmarrjes midis pjesëve të veçanta të saj, dispozitat e paragrafit 2 nuk e pengojnë atë Shtet Kontraktues për përcaktimin e fitimeve që do të taten në bazë të një ndarjeje të tillë si mund të bëhet zakonisht; megjithatë, metoda e ndarjes së fitimeve duhet të jetë e tillë që rezultati të jetë në përputhje me parimet që permban ky Nen.

(5) Asnjë fitim nuk do t'i atribuohet një selie të përhershme vetëm për faktin se ajo thjesht blen mallra nëpërmjet kësaj selie të përhershme për sipërmarrjen.

(6) Për qëllime të paragrafëve të mësipërm, fitimet që i atribuohen një selie të përhershme do të përcaktohen me të njëjtën metodë çdo vit përderisa nuk ka arsye të drejta dhe të mjaftueshme për të vepruar ndryshe.

(7) Kur fitimet përmbajnë elemente të të ardhurave që trajtohen veças në Nene të tjera të kësaj Konvente, atëhere dispozitat e atyre Neneve nuk do të ndikohen nga dispozitat e këtij Neni.

NENI 8

TRANSPORTI DETAR, NE UJERAT E BRENDSHME DHE TRANSPORTI AJROR

(1) Fitimet nga veprimtaria e anijeve ose avioneve në trafikun ndërkombëtar do të taten vetëm në Shtetin Kontraktues ku ndodhet vendi i drejtimit efektiv të sipërmarrjes.

(2) Fitimet nga operacionet e anijeve (trageteve) të transportit në ujera të brendshme do të taten vetëm në Shtetin Kontraktues ku ndodhet vendi i drejtimit efektiv të sipërmarrjes.

(3) Nëse vendi i drejtimit efektiv të një sipërmarrjeje detare të transportit ose të transportit në ujera të brendshme, është në bordin e një anije, atëhere ai do të konsiderohet i vendosur në Shtetin Kontraktues në të cilin ndodhet porti i qëndrimit të zakonshëm të anijes, ose, nëse nuk ka një port të tillë, në Shtetin Kontraktues rezident i të cilit është përdoruesi i anijes.

(4) Dispozitat e paragrafit 1 do të zbatohen gjithashtu ndaj fitimeve nga pjesëmarrja në një marrëveshje, një biznes të përbashkët apo në një agjensi të transportit ndërkombëtar.

NENI 9

SIPERMARRJE TE LIDHURA

(1) Kur:

- a) një sipërmarrje e një Shteti Kontraktues merr pjesë direkt ose indirekt në drejtimin, kontrollin apo kapitalin e një sipërmarrje të Shtetit tjetër Kontraktues, ose,
- b) të njëjtët persona marrin pjesë direkt ose indirekt në drejtimin, kontrollin apo kapitalin e një sipërmarrje të një Shteti Kontraktues dhe të një sipërmarrje të Shtetit tjetër Kontraktues,

dhe në secilin rast kushtet që janë pranuar ose që janë diktuar midis dy sipërmarrjeve në marrëdhënjet e tyre tregtare apo financiare ndryshojnë nga ato që do të vendoseshin midis sipërmarrjeve të pavarura, atëherë çdo fitim që do të realizohej nga njëra sipërmarrje në mungesë të këtyre kushteve, por që për shkak të këtyre kushteve, nuk është realizuar, mund të përfshihet në fitimet e asaj sipërmarrje dhe të tatonet normalisht.

(2) Kur një Shtet Kontraktues përfshin në fitimet e një sipërmarrje të atij Shteti - dhe i taton ato normalisht - fitime për të cilat një sipërmarrje e Shtetit tjetër Kontraktues i është nënshtruar tatimit në atë Shtet tjetër, dhe fitimet e përfshira në këtë mënyrë janë fitime që do të realizoheshin nga sipërmarrja e Shtetit të përmendur në fillim nëse kushtet e vendosura midis sipërmarrjeve do të ishin ato që do të vendoseshin midis sipërmarrjeve të pavarura, atëherë Shteti tjetër Kontraktues do të bëjë rregullimin e duhur në shumën e tatimit që ka ngarkuar mbi ato fitime. Në përcaktimin e rregullimeve të tilla, do të mbahen parasysh edhe dispozitat e tjera të kësaj Konvente dhe autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese, në rast nevojë, do të konsultohen me njëri tjetrin.

NENI 10

DIVIDENTET

(1) Dividentët e paguar nga një shoqëri që është rezidente e një Shteti Kontraktues një rezidenti të Shtetit tjetër Kontraktues mund të tatonen në këtë Shtet tjetër.

(2) Megjithatë, këto dividendë mund të tatonen gjithashtu në Shtetin Kontraktues rezidente e të cilit është shoqëria paguese e dividendeve dhe në përputhje me ligjet e atij Shteti, por nëse pronari përfitues i dividendëve është një rezident i Shtetit tjetër Kontraktues dhe tatimi i ngarkuar nuk do të kalojë:

- a) 5 përqind të shumës bruto të dividendëve nëse pronari përfitues është një shoqëri (perveç ortakëve) që zotëron direkt të paktën 25 përqind të kapitalit të kompanisë paguese të dividendëve;
- b) 15 përqind të shumës bruto të dividendëve në të gjitha rastet e tjera.

Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese do të vendosin me mirëkuptim reciprok mënyren e zbatimit të këtyre kufizimeve.

Dispozitat e këtij paragrafi nuk do të kenë efekt mbi tatimin e shoqërisë lidhur me fitimet nga të cilat janë paguar dividendët.

(3) Termi "dividentë" sikurse përdoret në këtë nen, nënkupton të ardhurat nga aksionet e çdo lloji, ose të drejta të tjera që nuk janë kërkesa borxhi, pjesëmarrjen në fitime, si dhe të ardhurat e tjera të cilat trajtohen si të ardhura nga aksionet sipas legjislacionit tatimor të Shtetit rezidente e të cilit është shoqëria që bën shpërndarjen e dividendeve.

(4) Dispozitat e paragrafeve 1 dhe 2 nuk do të zbatohen nëse pronari përfitues i dividendëve, duke qenë rezident i një Shteti Kontraktues, ushtron aktivitet në Shtetin tjetër Kontraktues rezidente e të cilit është shoqëria paguese e dividendeve, nëpërmjet një selie të përhershme të vendosur aty, ose kryen në atë Shtet tjetër shërbime personale të pavarura nga një bazë fikse e vendosur aty, dhe zotërimi lidhur me të cilin janë paguar dividendët është efektivisht i lidhur me këtë seli të përhershme ose bazë fikse. Në një rast të tillë do të zbatohen, dispozitat e Nenit 7 ose Nenit 14, sipas rastit.

(5) Kur një shoqëri që është rezidente e një Shteti Kontraktues realizon fitime ose të ardhura nga Shteti tjetër Kontraktues, ky Shtet tjetër mund të mos zbatojë tatim mbi dividendet e paguar nga shoqëria, përveç kur këto dividendë i paguhen një rezidenti të Shtetit tjetër ose kur zotërimi lidhur me të cilin janë paguar dividendët është efektivisht i lidhur me një seli të përhershme ose bazë fikse të vendosur në këtë Shtet tjetër; subjekt i tatimit mbi fitimet e pashpërndara të shoqërisë nuk janë gjithashtu as fitimet e pashpërndara të shoqërisë, edhe sikur dividendët e paguar ose fitimet e pashpërndara konsistojnë tërësisht ose pjesërisht si fitime apo të ardhura të realizuara në këtë Shtet tjetër.

NENI 11

INTERESAT

(1) Interesat që krijohen në një Shtet Kontraktues dhe i paguhen një rezidenti të Shtetit tjetër Kontraktues mund të taten në këtë Shtet tjetër.

(2) Megjithatë, këto interesa mund të taten edhe në Shtetin Kontraktues ku ato krijohen dhe në përputhje me ligjet e këtij Shteti, por, kur pronari përfitues i interesave është një rezident i Shtetit tjetër Kontraktues, tatimi i zbatuar nuk duhet të kalojë 5 përqind të shumës bruto të interesit. Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese do të vendosin me mirëkuptim reciprok mënyren e zbatimit të këtij kufizimi.

(3) Pamvaresisht nga dispozitat e paragrafit 2.:

- a) interesat e krijuara në një Shtet Kontraktues dhe që i paguhen Qeverisë së Shtetit tjetër Kontraktues do të taten vetëm në këtë Shtet tjetër;
- b) interesat që paguhen në lidhje me kredinë ose borxhin e dhënë, garantuar ose siguruar nga Banka Austriake: Oesterreichische Kontrollbank AG ose nga ente të ngashme publike shqiptare, objektivi i të cilave është promovimi dhe nxitja e eksporteve, nuk do të taten në Shtetin Kontraktues ku krijohen këto interesa.

(4) Termi "interesa" në kuptimin e përdorur në këtë Nen nënkupton të ardhurat nga kërkesat e borxhit të çdo lloji, të siguruar ose jo me hipotekim, dhe që e kanë ose jo të drejtën e pjesëmarrjes në fitimet e debitorit, dhe në veçanti, të ardhurat nga obligacionet shtetërore, bonot e thesarit dhe lloje të tjera letrash me vlerë përfshirë edhe fitimet apo

shpërblimet që rrjedhin nga këto obligacione apo bono thesari. Gjodat e ngarkuara për pagesa të vonuara nuk do të konsiderohen si interesa për qëllime të këtij Neni.

(5) Dispozitat e paragrafëve 1 dhe 2 nuk do të zbatohen nëqoftëse pronari përfitues i interesave, duke qenë rezident i një Shteti Kontraktues, ushtron biznes në Shtetin tjetër Kontraktues në të cilin lindin interesat, nëpërmjet një selie të përhershme të vendosur aty, ose kryen në këtë Shtet tjetër shërbime personale të pavarura nga një bazë fikse e vendosur aty, dhe kërkesa e huasë për të cilën paguhet interesi është efektivisht e lidhur me këtë seli të përhershme ose bazë fikse. Në këtë rast do të zbatohen dispozitat e Nenit 7 ose 14, sipas rastit.

(6) Interesat do të konsiderohen se krijohen në një Shtet Kontraktues kur paguesi është vete Shteti, një ndarje politike e këtij shteti, një autoritet lokal ose një rezident i këtij Shteti. Megjithatë, kur personi që paguan interesat, qoftë ose jo rezident i njërit Shtet Kontraktues, ka në njërin Shtet Kontraktues një seli të përhershme ose një bazë fikse në lidhje me të cilën ka lindur huaja për të cilën paguhet interesi, dhe këto interesa krijohen nga kjo seli e përhershme ose bazë fikse, atëherë këto interesa do të konsiderohen se janë krijuar në Shtetin ku është vendosur selia e përhershme ose baza fikse.

(7) Kur për shkak të mardhënieve të veçanta midis paguesit dhe pronarit përfitues të interesave ose midis të dyve dhe personave të tretë, shuma e interesave, bazuar në huanë për të cilën paguhet, e kalon shumën mbi të cilën duhej të ishte rënë dakort midis paguesit dhe pronarit përfitues në mungesë të mardhënjeve të tilla, dispozitat e këtij Neni do të zbatohen vetëm mbi shumën e përmendur në fund. Në këtë rast, pjesa që kalon pagesën normale do të mbetet e tatueshme në përputhje me ligjet e secilit Shtet Kontraktues, duke patur parasysh edhe dispozitat e tjera të kësaj Konvente.

NENI 12

HONORARET

(1) Honoraret që lindin në një Shtet Kontraktues dhe i paguhet një rezidenti të Shtetit tjetër Kontraktues mund të taten në këtë Shtet tjetër.

(2) Megjithatë, këto honorare mund të taten gjithashtu në Shtetin Kontraktues ku krijohen dhe në përputhje me ligjet e atij Shteti, por nëse pronari përfitues i honorareve është rezident i Shtetit tjetër Kontraktues, tatimi i ngarkuar nuk duhet të kalojë 5 përqind të shumës bruto të honorareve. Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese do të vendosin me mirëkuptim reciprok mënyrën e aplikimit të këtij kufizimi.

(3) Në funksion të këtij Neni, termi "honorare" nënkupton pagesat e çdo lloji të marra si shpërblim për përdorimin, ose të drejtën e përdorimit, të çdo të drejte të autorit për punimet letrare, artistike ose punë shkencore, përfshirë filmat kinematografikë dhe filmat apo apo kasetat për transmetime radio televizive, çdo patentë, markë tregtare, skicë ose model, plan, proces ose formulë sekrete, apo për informacione lidhur me eksperiencën industriale, tregtare apo shkencore.

(4) Dispozitat e paragrafit 1 dhe 2 nuk do të zbatohen nëse pronari përfitues i honorareve, duke qenë rezident i një Shteti Kontraktues, ushtron biznes në Shtetin tjetër Kontraktues ku krijohen honoraret, nëpërmjet një selie të përhershme të vendosur aty, ose kryen në atë Shtet tjetër shërbime personale të pavarura nga një bazë fikse të vendosur aty, dhe e drejta ose prona lidhur me të cilën paguhet honoraret është efektivisht e lidhur

me këtë seli të përhershme ose bazë fikse. Në këtë rast do të zbatohen dispozitat e Nenit 7 ose Nenit 14, sipas rastit.

(5) Honoraret do të konsiderohet se krijohen në një Shtet Kontraktues kur pagues është një rezident i atij Shteti. Megjithatë, kur personi që paguan honoraret, qoftë ose jo rezident i një Shteti Kontraktues, ka në njërin Shtet Kontraktues një seli të përhershme ose një bazë fikse në lidhje me të cilën ka lindur e drejta e pagimit të honorareve, dhe këto honorare kanë lindur nga kjo seli e përhershme ose bazë fikse, atëhere këto honorare konsiderohen se kanë lindur në Shtetin Kontraktues ku është vendosur selija e përhershme ose baza fikse.

(6) Kur, për shkak të lidhjeve të veçanta midis paguesit dhe pronarit përfitues ose midis të dyve dhe personave të tretë, shuma e honorareve, duke patur parasysh përdorimin, të drejtën apo informacionin për të cilin ato janë paguar, e kalon shumën për të cilën do të ishte rënë dakort midis paguesit dhe pronarit përfitues në mungesë të mardhënjeve të tilla, atëhere dispozitat e këtij Neni do të zbatohen vetëm mbi shumën e përmendur në fund. Në një rast të tillë shuma e shpërblimit që kalon shpërblimin normal do të mbetet e tatueshme sipas ligjeve përkatese të secilit Shtet Kontraktues, duke patur parasysh dispozitat e tjera të kësaj Konvente.

NENI 13

FITIMET NGA KAPITALI

(1) Fitimet e realizuara nga një rezident i një Shteti Kontraktues nga tjetërsimi i pasurive të paluajtshme që i referohen Nenit 6 dhe të vendosura në Shtetin tjetër Kontraktues mund të taten në këtë Shtet tjetër.

(2) Fitimet nga tjetërsimi i pasurive të luajtshme që bëjnë pjesë në pasurinë biznesore të një selie të përhershme që një sipërmarrje e një Shteti Kontraktues ka në Shtetin tjetër Kontraktues ose i pasurive të luajtshme që i përkasin një baze fikse që një rezident i një Shteti Kontraktues ka në Shtetin tjetër Kontraktues për të kryer shërbime personale të pavarura, përfshirë edhe fitimet nga tjetërsimi i vetë selisë së përhershme (vetëm ose bashkë me sipërmarrjen) ose i bazës fikse, mund të taten në këtë Shtet tjetër.

(3) Fitimet e realizuara nga tjetërsimi i anijeve, avionëve që veprojnë në trafikun ndërkombëtar, anijeve që veprojnë në transportin e ujerave të brendshme, ose i pasurive të luajtshme që i përkasin veprimtarisë të këtyre mjeteve të transportit do të taten vetëm në Shtetin Kontraktues në të cilin është vendi i drejtimit efektiv të sipërmarrjes.

(4) Fitimet nga tjetërsimi i çdo pasurie që nuk mbulohet nga paragrafët 1,2 dhe 3, do të taten vetëm në Shtetin Kontraktues rezident i të cilit është tjetërsuesi.

NENI 14

SHERBIMET PERSONALE TË PAVARURA

(1) Të ardhurat e realizuara nga një individ i cili është rezident i një Shteti Kontraktues lidhur me shërbimet profesionale ose shërbime të tjera të ngjashme të një karakteri të pavarur do të taten vetëm në atë Shtet, përveç në rrethanat që vijojnë, ku këto të ardhura mund të taten gjithashtu në Shtetin tjetër Kontraktues:

- a) nëse ai ka një bazë fikse në Shtetin tjetër Kontraktues që rregullisht i shërben atij për kryerjen e aktiviteteve të tij; në këtë rast, vetëm ajo pjesë e të ardhurave që i atribuohet asaj baze fikse mund të tatohet në atë Shtet tjetër; ose
- b) nëse qëndrimi i tij në Shtetin tjetër Kontraktues është për një periudhë ose periudha që në total arrijnë ose kalojnë 183 ditë në çdo periudhë 12-mujore që fillon ose përfundon në vitin përkatës kalendarik; në këtë rast, vetëm ajo pjesë e të ardhurave të realizuara nga aktivitetet e tij të ushtruara në atë Shtet tjetër mund të tatohen në atë Shtet tjetër.

(2) Termi "shërbime profesionale" përfshin në veçanti aktivitetet e pavarura shkencore, letrare, artistike, arsimore apo të mësimdhënjes si dhe aktivitetet e pavarura të mjekëve, dentistëve, avokatëve, inxhinjerëve, arkitektëve dhe llogaritarëve.

NENI 15

TE ARDHURAT NGA PUNESIMI (SHERBIMET PERSONALE TE VARURA)

(1) Pa çënuar dispozitat e Neneve 16, 18, 19 dhe 20, pagat dhe shpërblime të tjera të ngjashme që përfitohen nga një rezident i një Shteti Kontraktues nga punësimi i tij do të tatohen vetëm në atë Shtet përveç kur puna është ushtruar në Shtetin tjetër Kontraktues. Nëse puna ushtrohet në këtë mënyrë, atëherë këto të ardhura mund të tatohen në këtë Shtet tjetër.

(2) Pamvarësisht nga dispozitat e paragrafit 1, shpërblimet e përfituara nga një rezident i një Shteti Kontraktues lidhur me punën e ushtruar në Shtetin tjetër Kontraktues do të tatohen vetëm në Shtetin e përmendur në fillim, nëse të gjitha kushtet e mëposhtme plotësohen:

- a) përfituesi është prezent në Shtetin tjetër për një periudhë ose periudha që në total nuk i kalojnë 183 ditë në çdo periudhë 12-mujore që fillon ose përfundon në vitin kalendarik përkatës;
- b) shpërblimi paguhet nga, ose në emër të, një punëdhënësi që nuk është rezident i Shtetit tjetër, dhe
- c) shpërblimi nuk ka lindur nga një seli e përhershme ose bazë fikse që punëdhënësi ka në Shtetin tjetër.

(3) Pamvarësisht nga dispozitat e mësipërme të këtij Neni, pagesat e kryera lidhur me punën e ushtruar në bordin e një anije, avioni që operohet në trafikun ndërkombëtar, ose në bord të anijes që operohet në transportin e ujerave të brendshme, mund të tatohen në Shtetin Kontraktues nëse vendosur vendi efektiv i drejtimit të sipërmarrjes.

NENI 16

SHPERBLIMET E DREJTOREVE

Shpërblimet e drejtorëve dhe pagesa të tjera të ngjashme të realizuara nga një rezident i një Shteti Kontraktues në pozitën e tij si anëtar i bordit të drejtorëve ose çdo organi të ngjashëm të një shoqërije që është rezidente e Shtetit tjetër Kontraktues mund të taten në këtë Shtet tjetër.

NENI 17

ARTISTET DHE SPORTISTET

(1) Pamvarësisht nga dispozitat e Neneve 14 dhe 15, të ardhurat e realizuara nga një rezident i një Shteti Kontraktues si një artist teatri, kinematografie, radio-televizioni, muzikant, apo një sportist, nga aktivitetet e tij personale si të tilla të ushtruara në Shtetin tjetër Kontraktues, mund të taten në këtë Shtet tjetër.

(2) Kur të ardhurat lidhur me aktivitetet personale të ushtruara nga një artist ose sportist në pozitën e tij si i tillë realizohen jo direkt nga vetë artisti apo sportisti por nga një person tjetër, këto të ardhura, pamvarësisht nga dispozitat e Neneve 7, 14 dhe 15, mund të taten në Shtetin Kontraktues në të cilin janë ushtruar aktivitetet e artistit apo sportistit.

(3) Dispozitat e paragrafit 1 dhe 2 nuk do të zbatohen në lidhje me të ardhurat e fituara nga aktivitetet e kryera në një Shtet Kontraktues nga artistet ose sportistët, në rastin kur vizita e tyre në këtë Shtet mbështetet pjesërisht ose teresisht nga fonde publike të Shtetit tjetër, të nendarjeve të tij politike, të autoriteteve të tij lokale ose nga institucione të cilat janë të njohur si jo fitimprurese. Në një rast të tillë, të ardhura taten vetëm në Shtetin Kontraktues rezident i të cilit është personi.

NENI 18

PENSIONET

Pa cënuar dispozitat e paragrafit 2 të Nenit 19, pensionet dhe shpërblime të tjera të ngjashme që i paguhen për punësimin në të kaluarën një rezidenti të një Shteti Kontraktues do të taten vetëm në atë Shtet.

NENI 19

SHERBIMET QEVERITARE

- (1) a) Pagat dhe shpërblime të tjera të ngjashme, të ndryshme nga pensionet, të paguara nga një Shtet Kontraktues, nendarje politike apo nga një autoritet lokal atje, një individ lidhur me shërbimet e kryera atij Shteti, nendarje apo autoriteti do të taten vetëm në atë Shtet.

b) Megjithatë, këto paga dhe shpërblime të ngjashme do të taten vetëm në Shtetin tjetër Kontraktues nëse shërbimet janë kryer në atë Shtet dhe individit është rezident i atij Shteti, i cili (individit):

(i) është nënshtetas i këtij Shteti; ose

(ii) nuk bëhet rezident i këtij Shteti vetëm për qëllimin e kryerjes së këtij shërbimi.

(2) a) Çdo pension i paguar nga, apo prej fondeve të krijuara nga një Shtet Kontraktues, nëndarje politike apo autoritet lokal atje një individ lidhur me shërbimet e kryera ndaj atij Shteti, nëndarje politike apo autoriteti lokal, do të taten vetëm në atë Shtet.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a public legal entity thereof.

NENI 20

STUDENTET DHE SPECIALIZANTET

(1) Kur një student apo specializant që është ose ishte menjëherë para ardhjes në një Shtet Kontraktues rezident i Shtetit tjetër Kontraktues dhe që është prezent në Shtetin e përmendur në fillim vetëm për qëllim të arsimimit ose specializimit të tij, për çdo pagesë të marrë nga ky student për qëllim të mbajtjes së tij, arsimimit apo specializimit nuk do të taten në atë Shtet, me kusht që të tilla pagesa të lindin nga burime jashtë atij Shteti.

(2) Në lidhje me grantet, bursat dhe shpërblimet nga punesimi të cilat nuk përfshihen në paragrafin 1, një student sipas paragrafit 1, do të ketë të drejtë përjashtimore, lehtësira ose reduktimi, gjatë periudhës së edukimit në lidhje me trajtimin fiskal të rezidentëve të Shtetit Kontraktues në të cilin ai është përfitues.

NENI 21

TE ARDHURA TE TJERA

(1) Lloje të ardhurash të përfituara nga një rezident i një Shteti Kontraktues, kudo që të lindin, që nuk lidhen me Nenet e mësipërme të kësaj Konvente do të taten vetëm në atë Shtet.

(2) Dispozitat e paragrafit 1 nuk do të zbatohen ndaj të ardhurave, që nuk janë të ardhura nga pasuria e paluajtshme të përcaktuara në paragrafin 2 të Nenit 6, nëse përfituesi i këtyre të ardhurave, duke qenë rezident i një Shteti Kontraktues, ushtron aktivitet në Shtetin tjetër Kontraktues nëpërmjet një selie të përhershme të vendosur aty, ose kryen në atë Shtet tjetër shërbime personale të pavarura nga një bazë fikse e vendosur aty, dhe e

drejta ose pasuria lidhur me të cilën paguhet shpërblimi është efektivisht e lidhur me këtë seli të përhershme ose bazë fikse. Në këtë rast do të zbatohen dispozitat e Nenit 7 ose Nenit 14, sipas rastit.

NENI 22

KAPITALI

(1) Kapitali i përfaqësuar nga pasuri të paluajtshme të referuara në Nenin 6, të zotëruara nga një rezident i një Shteti Kontraktues dhe të vendosura në Shtetin tjetër Kontraktues, mund të taten në këtë Shtet tjetër.

(2) Kapitali i përfaqësuar nga pasuri të luajtshme që bëjnë pjesë në pasurinë e biznesit të një selie të përhershme që një sipërmarrje e një Shteti Kontraktues ka në Shtetin tjetër Kontraktues ose nga pasuri të luajtshme që i përkasin një baze fikse në dispozicion të një rezidenti të një Shteti Kontraktues në Shtetin tjetër Kontraktues për kryerjen e shërbimeve personale të pavarura, mund të taten në këtë Shtet tjetër.

(3) Kapitali i përfaqësuar nga anije, avionë që operojnë në transportin nderkombëtar dhe anije që operojnë në transportin e ujerave të brendshme, dhe nga pasuritë e luajtshme që i përkasin aktivitetit të këtyre mjeteve të transportit do të taten vetëm në Shtetin Kontraktues ku ndodhet vendi i drejtimit efektiv të sipërmarrjes.

(4) Të gjithë elementët e tjerë të kapitalit të një rezidenti të një Shteti Kontraktues do të taten vetëm në atë Shtet.

NENI 23

ELIMINIMI I TATIMIT TE DYFISHTE

Tatimi i dyfishtë do të eliminohet në mënyrën që vijon:

(1) Në Shqipëri:

- a) Kur një rezident i Shqipërisë realizon të ardhura ose zotëron kapitale të cilat, në përputhje me dispozitat e kësaj Konvente mund të taten në Austri do të lejojë:
 - (i) një reduktim nga tatimi Shqiptar mbi të ardhurat e atij rezidenti, të një shume të barabartë me tatimin mbi të ardhurat të paguar në Austri; dhe
 - (ii) një reduktim nga tatimi Shqiptar mbi kapitalin e atij rezidenti, të një shume të barabartë me tatimin mbi kapitalin të paguar në Austri.

Megjithatë, ky reduktim në çdo rast, nuk do të kalojë atë pjesë të tatimit Shqiptar mbi të ardhurat ose kapitalin të llogaritur para dhënies së reduktimit që i atribuohet, sipas rastit, të ardhurave ose kapitalit që mund të taten në Austri.

- b) Kur në përputhje me dispozitat e Konventës, të ardhurat e realizuara ose kapitali i zotëruar nga një rezident i Shqipërisë përjashtohet nga tatimi në Shqipëri, në llogaritjen e shumës së tatimit mbi të ardhurat ose kapitalin e mbetur të këtij rezidenti, Shqipëria merr parasysh të ardhurat ose kapitalin e përjashtuar.

(2) Ne Austri:

- a) Kur një rezident i Austrise realizon të ardhura ose zotëron elementë kapitali të cilat, në përputhje me dispozitat e kësaj Konvente, mund të taten ne Shqiperi, Austria ne baze te paragrafeve b) dhe c) te ketij neni, do te perjashtojte nje te ardhur te tille nga tatimi mbi te ardhurat nga kapitali.
- b) Kur nje rezident i Austrise zoteron zera te te ardhures te cilat ne perputhje me dispozitat e Neneve 10, 11 dhe 12, keta zera mund te taten ne Shqiperi, Austria do te njohe si zbritje nga tatimi mbi te ardhurat totale te realizuar nga ai rezident nje shume te barabarte me shumen e tatimit te paguar ne Shqiperi. Nje zbritje e tille nuk do te tejkalojte, megjithate, pjesen e tatimit te llogaritur para se te njihej zbritja, mbi te njejtat zera te te ardhurave sikur keto te ardhura te krijoheshin ne Shqiperi.
- c) Kur ne perputhje me dispozitat e Konventes, te ardhurat nga kapitali te krijuara nga nje resident i Austrise jane te perjashtuara nga tatimi ne Austri, Austria pamvaresisht nga kjo, mund te marre parasysh te ardhuren e perjashtuar mbi kapitalin ne llogaritjen e tatimin mbi pjesen e mbetur te te ardhurave totale ose te te ardhurave nga kapitali te ketij rezidenti.
- d) Dispozitat e nenparagrafit a) nuk to te aplikohen mbi te ardhurat e krijuara ose kapitalin ne pronesi te nje rezidenti nga Austria ne rastin kur Shqiperia zbaton dispozitat e kesaj Konvente per te perjashtuar nje te ardhur ose capital te tille nga tatimet ose zbaton dispozitat e paragrafit 2 te Neneve 10, 11 ose 12 ne lidhje me nje te ardhur te tille.

NENI 24**MOS - DISKRIMINIMI**

(1) Nënshtetasis e një Shteti Kontraktues nuk do të jenë në Shtetin tjetër Kontraktues subjekt i ndonjë tatimi ose kërkesë të lidhur me të, që të jetë me i rëndë se sa tatimi ose kërkesat e lidhura me të, të cilave mund apo i nënështrohen nënshtetasis e këtij Shteti tjetër në rrethana të njëjta, në veçanti në lidhje me rezidencën. Kjo dispozitë, pamvarësisht nga dispozitat e Nenit 1, do të zbatohet gjithashtu ndaj personave që nuk janë rezidentë të njërit apo të asnjërit prej Shteteve Kontraktues.

(2) Tatimi i një selie të përhershme që një sipërmarrje e një Shteti Kontraktues ka në Shtetin tjetër Kontraktues nuk do të jetë më pak i favorshëm në këtë Shtet tjetër se sa tatimi i vjelur ndaj sipërmarrjeve ose rezidentëve të këtij Shteti tjetër që ushtrojnë aktivitete të njëjta. Kjo dispozitë nuk do të merret si detyrim i njërit Shtet Kontraktues për t'i garantuar rezidentëve të Shtetit tjetër Kontraktues lehtësime personale apo reduktime për qëllime tatimore nga ato që i garanton rezidentëve të vet për gjëndjen civile dhe përgjegjësitë familjare që ata kanë.

(3) Përjashtuar rastet kur zbatohen dispozitat e paragrafit 1 të Nenit 9, paragrafit 7 të Nenit 11, ose paragrafit 6 të Nenit 12, interesat, honoraret dhe shpërblime të tjera të paguara nga një sipërmarrje e një Shteti Kontraktues një rezidenti të Shtetit tjetër Kontraktues, për efekt të përcaktimit të fitimeve të tatueshme të kësaj sipërmarrje, do të jenë të reduktueshme nën të njëjtat kondita njëlloj sikur ato t'i paguheshin një rezidenti të

Shtetit të përmendur në fillim. Në mënyrë të ngjashme, çdo borxh i një sipërmarrje të një Shteti Kontraktues ndaj një rezidenti të Shtetit tjetër Kontraktues, për efekt të përcaktimit të kapitalit të tatueshëm të kësaj sipërmarrje, do të jetë i reduktueshëm nën të njëjtat kondita njëlloj sikur ajo të kishte kontraktuar me një rezident të Shtetit të përmendur në fillim.

(4) Sipërmarrjet e një Shteti Kontraktues, kapitali i të cilave është totalisht ose pjesërisht i zotëruar apo kontrolluar, direkt ose indirekt, nga një ose më shumë rezidentë të Shtetit tjetër Kontraktues, nuk do të jenë në Shtetin e përmendur në fillim subjekt i ndonjë tatimi ose kërkesë të lidhur me të, që të jetë më i rëndë se sa tatimi ose kërkesat e lidhura me të, të cilave i nënshtrohen apo mund t'i nënshtrohen, sipërmarrje të tjera të ngjashme të Shtetit të përmendur në fillim.

NENI 25

PROCEDURA E MIREKUPTIMIT RECIPROK

(1) Kur një person mendon se veprimet e njërit apo e të dy Shteteve Kontraktuese e rëndojnë apo do ta rëndojnë atë me tatime që nuk janë në përputhje me dispozitat e kësaj Konvente, pamvarësisht nga mënyrat e ankimit të parashikuara në legjislacionin e brendshëm të këtyre Shteteve, ai mund t'ja paraqesë rastin e tij autoriteteve kompetente të Shtetit Kontraktues rezident i të cilit ai është, ose nëse çështja e tij ka të bëjë me paragrafin 1 të Nenit 24, ai mund t'ja paraqesë atë Shtetit Kontraktues nënshtetas i të cilit ai është. Çështja duhet të paraqitet brenda tre vjetëve nga njoftimi i parë lidhur me veprimin që ka rezultuar në tatimin që nuk është në përputhje me dispozitat e Konventës.

(2) Autoriteti kompetent, nëse kërkesa i duket e justifikuar dhe ai vetë nuk e ka të mundur arritjen e një zgjidhje të kënaqshme, do të përpiqet t'a zgjidhë çështjen me mirekuptim reciprok me autoritetin kompetent të Shtetit tjetër Kontraktues, me synim shmangjen e tatimit që nuk është në përputhje me Konventën. Çdo marrëveshje e arritur do të zbatohet pamvarësisht nga limitet kohorë të përcaktuar nga ligjet e brendshme të Shteteve Kontraktuese.

(3) Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese do të përpiqen që me mirekuptim reciprok të zgjidhin çdo vështirësi apo dyshim që lind nga interpretimi apo zbatimimi i Konventës. Ata gjithashtu mund të konsultojnë njeri tjetrin për eliminimin e tatimit të dyfishtë në rastet të cilat nuk parashikohen nga kjo Konvente.

(4) Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktuese mund të komunikojnë me njeri tjetrin në mënyrë direkte, duke përfshirë këtu dhe ngritjen e komisioneve të perbashkëta të perbera nga vete këta autoritete dhe përfaqësuesit e tyre, me qëllim arritjen e marrëveshjeve reciproke, në kuptimin e paragrafeve të mesiperm.

NENI 26

SHKEMBIMI I INFORMACIONIT

(1) Autoritetet kompetente të Shteteve Kontraktues do të shkëmbejnë informacionet e nevojshme për zbatimin e dispozitave të kësaj Konvente ose të ligjeve të brendshme të Shteteve Kontraktuese lidhur me tatimet që mbulon Konventa, përderisa ato tatime nuk janë në kundërshtim me Konventën. Shkëmbimi i informacionit nuk kufizohet nga Neni 1 dhe Neni 2. Çdo informacion i marrë nga një Shtet Kontraktues do të trajtohet si sekret, në të

njëjtën mënyrë si informacioni i marrë nën legjisllacionin e brendshëm të atij Shteti dhe do t'i serviret vetëm personave apo autoriteteve (përfshirë gjykatat dhe organet administrative) të përfshira në llogaritjen apo mbledhjen e tatimeve, me imponimin ose ndjekjet lidhur me shkeljet tatimore apo lidhur me ankesat ndaj tatimeve që mbulon Konventa. Këto persona apo autoritete do ta përdorin informacionin vetëm për të tilla qëllime. Ato mund ta servirin informacionin në procedurat apo vendimet gjygjësore.

(2) Në asnjë rast dispozitat e paragrafit 1 nuk do të interpretohen në kuptimin që i imponojnë njërit prej Shteteve Kontraktues detyrimin:

- a) të zbatojë masa administrative në ndryshim me ligjet dhe praktikat administrative të atij Shteti apo të Shtetit tjetër Kontraktues;
- b) të japë informacione që ndalohen sipas ligjeve dhe praktikës normale administrative të atij Shteti apo të Shtetit tjetër Kontraktues;
- c) të japë informacione që mund të nxirrin një sekret tregtar, biznesi, industrial, komercial ose sekret profesional apo proces tregtar, ose informacione, komunikimi i të cilave do të ishte në kundërshtim me politikën publike (rendin publik).

NENI 27

FUNKSIONARET DIPLOMATIKE DHE KONSULLORE

Dispozitat e kësaj Konvente nuk çenojnë privilegjet fiskale të funksionarëve diplomatikë dhe konsullorë që rrjedhin nga rregullat e përgjithshme të së drejtës ndërkombëtare apo nga dispozita të marrëveshjeve të veçanta.

NENI 28

HYRJA NE FUQI

(1) Kjo Konvente do të ratifikohet dhe instrumentat e këtij ratifikimi do të shkëmbehen midis Shteteve Kontraktuese sa më shpejt të jete e mundur.

(2) Kjo Konvente do të hyje ne fuqi ne ditën e parë të muajit të tretë pasardhës të muajit ne të cilin janë shkëmbyer instrumentat e ratifikimit dhe dispozitat e saj do të kenë efekt ne lidhje me tatimet, për çdo vit fiskal, duke filluar pas datës 31 Dhjetor të vitit kalendarik net e cilin ka ndodhur shkëmbimi i instrumentave të ratifikimit.

NENI 29

PERFUNDIMI

Kjo Konventë do të mbetet në fuqi deri në përfundimin nga njëri Shtet Kontraktues. Either Secili Shtet Kontraktues mund të përfundojë Konventën duke i dhënë Shtetit tjetër Kontraktues njoftimin me shkrim të përfundimit të kësaj Konvente, ne ose para ditës se

tridhjete te muajit Qershor te vitit kalendarik pasardhes te vitit te peste, duke filluar nga data e hyrjes ne fuqi te kesaj Konvente. Ne kete rast, Konventa do te pushoje se ekzistuari (nuk do te kete efekt) ne lidhje me tatimet, per çdo vit fiskal qe pason daten 31 Dhjetor te vitit kalendarik ne te cilin eshte dhene njoftimi per perfundimin e Konventes.

NE PRANI, perfaqesuesit fuqiplote te Shteteve Kontraktuese, te autorizuar sipas rastit, kane nenshkruar kete Konvente.

HARTUAR ne dy kopjo, ne Tiranë me 14. dhjetor 2007, ne gjuhët Gjermanisht, Shqip dhe Anglisht, duke qene secili nga tekstet autentik. Ne rastin e mosmarreshjeve ne interpretimin e dispozitave te Konventes do te kete paraparsi teksti ne gjuhen Angleze.

Per Republikën e Austrisë:
Klaus Derkowitsch m.p.

Per Republikën e Shqipërisë:
Ridvan Bode m.p

PROTOKOLL

Ne momentin e nenshkrimit te kesaj Konvente per eleminimin e tatimit te dyfishte ne lidhje me tatimet mbi te ardhurat dhe mbi kapitalin dhe per parandalimin e evazionit fiskal, e perfunduar ne kete dite midis Republikes se Austrise dhe Republikes se Shqiperise, te nenshkruarit si me poshte kane rene dakord qe dispozitat e meposhtme do te jene pjese integrale te Konventes.

1. Ne lidhje me Nenin 11:

Nenkuptohet qe perjashtimi i percaktuar ne nenparagrafin b) te paragrafit 3 te Nenit 11 do te zbatohet vetem ne lidhje me interesat mbi huate ose kredite e marra ne nje Shtet Kontraktues dhe qe i jane paguar nje rezidenti te nje Shteti tjetër Kontraktues, ne rastin kur keto interesa lidhen me transakcionet e eksportit midis dy Shteteve.

2. Ne lidhje me Nenin 12:

Sipas nenit 12, pagesat e marra ne lidhje me sherbimet teknike, duke perfshire studimet ose sondazhet e nje natyre shkencore, gjeologjike ose teknike, ose ne lidhje me kontratat inxhinierike duke perfshire hartimin e planimetrive te lidhura me to, ose ne lidhje me sherbimet e mbikqyrjes ose te konsulences; nuk do te konsiderohen si pagesa te marra si shperblim per informacionin e dhene ne lidhje me eksperiencen industriale, tregtare ose shkencore.

Gjithashtu, nenkuptohet qe per qellime te dallimit midis shperblimit per sherbimet e percaktuara ne nenin 7 dhe te atij per sherbimet "know-how" te percaktuara ne nenin 12 te Konventes, kostot e lidhura me to (kostot e pagave, te udhetimit, te zyrove mbeshtetese dhe te tjera te lidhura me to), do te merren parasysh. Kjo nenkupton qe ne rastet kur shperblimi kompenson kryesisht kosto te tilla (duke marre ne konsiderate dhe nje marzh te arsyetuar fitimi), nje shperblim i tille nuk do te konsiderohet honorar. Megjithate, ne rastet kur kosto te tilla jane shume me te uleta se totali i shperblimit si me siper, nje shperblim i tille do te konsiderohet si honorar.

3. Ne lidhje me Nenin 16:

Nenkuptohet qe çdo shperblim i marre nga nje anetar i bordit te drejtoreve ne baze te nje kontrate punesimi ose sherbimi, ne pozicionin e nje manaxheri (drejtuesi), te nje konsulenti ose keshilltari, nuk do te mbulohet nga dispozitat e Nenit 16.

4. Ne lidhje me paragrafin 3 te Nenit 17:

Nenkuptohet qe paragrafi 3 i Nenit 17 do te zbatohet edhe ndaj enteve ligjore te cilat kryejne aktivite si orkestra, teater, grupe baleti, si dhe anetareve te ketyre enteve kulturore, ne rast se ente te tilla jane te tipit jo fitimprures dhe ne rast se ky kusht eshte vertetuar nga autoritetet kompetente te Shtetit Kontraktues te residences se tyre.

5. Intepretimi i Konventes

Nenkuptohet qe dispozitat e Konventes te cilat jane hartuar ne perputhje me dispozitat perkatese te Modelit te Konventes se OECD-se mbi te Ardhurat dhe Kapitalin, do te kene te njetin kuptim si ai i shprehur ne Komentarin perkates te OECD-se.

Kuptimi i paragrafit te mesiperm nuk do te zbatohet ne rastet e:

- a) çdo rezerve dhe komenti te paraqitur ndaj Modelit te OECD-se dhe Komentarit perkates nga secili prej Shteteve Kontraktuese;
- b) çdo interpretimi qe eshte ne kundërshtim me kete Protokoll;
- c) çdo interpretimi te publikuar si shpjegues nga njeri prej Shteteve Kontraktuese, i cili i eshte vene ne dispozicion Shtetit tjetër Kontraktues para hyrjes ne fuqi te kesaj Konvente;
- d) çdo intepretim i ndryshem, i miratuar ne me marreveshje midis autoriteteve kompetente, pas hyrjes ne fuqi te kesaj Konvente.

Komentari i OECD-se – meqenese mund te jete objekt i azhornimit te vazhdueshem – perben nje mjet intepertimi baze ne kuptimin e Konventes se Vienes te dates 23 Maj 1969 mbi Ligjin e Traktateve.

NE PRANI, perfaqesuesit fuqiplote te Shteteve Kontraktuese, te autorizuar sipas rastit, kane nenshkruar kete Konvente.

HARTUAR ne dy kopjo, ne Tiranë , me 14. dhjetor 2007, ne gjuhet Gjermanisht, Shqip dhe Anglisht, duke qene secili nga tekstet autentik. Ne rastin e mosmarreveshjeve ne interpretimin e dispozitave te Konventes do te kete parparesi teksti ne gjuhen Angleze.

Per Republikën e Austrisë:
Klaus Derkowitsch m.p.

Per Republikën e Shqipërisë:
Ridvan Bode m.p

**CONVENTION BETWEEN
THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF ALBANIA
FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL
AND FOR THE PREVENTION OF FISCAL EVASION**

The Republic of Austria and the Republic of Albania, desiring, for the purpose of further developing and facilitating their economic relationship, to conclude a Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital and for the prevention of fiscal evasion,

Have agreed as follows:

Article 1**PERSONS COVERED**

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2**TAXES COVERED**

(1) This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital.

(3) The existing taxes to which the Convention shall apply are in particular:

a) in Albania:

- i. the income taxes (including corporate profits tax and personal income tax);
- ii. the tax on small business activities; and
- iii. the property tax;

(hereinafter referred to as "Albanian tax");

b) in Austria:

- i. the income tax (die Einkommensteuer);
- ii. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
- iii. the land tax (die Grundsteuer);
- iv. the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- v. the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);

(hereinafter referred to as "Austrian tax").

(4) The Convention shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Convention in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

Article 3**GENERAL DEFINITIONS**

- (1) For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:
- a) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean Albania or Austria, as the context requires;
 - b) the term "Albania" means the Republic of Albania, and when used in a geographical sense means the territory of the Republic of Albania including territorial waters and air space over them as well as any area beyond the territorial waters of the Republic of Albania which, under its laws and in accordance with international law, is an area within which the Republic of Albania may exercise its rights with respect to the seabed and subsoil and their natural resources;
 - c) the term "Austria" means the Republic of Austria;
 - d) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
 - e) the term "company" means any legal entity which is treated as a juridical person for tax purposes;
 - f) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
 - g) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
 - h) the term "competent authority" means:
 - (i) in the case of Albania: the General Taxation Department;
 - (ii) in the case of Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
 - i) the term "national" means:
 - (i) any individual possessing the nationality of a Contracting State;
 - (ii) any juridical person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in a Contracting State.

(2) As regards the application of the Convention at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Convention applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4

RESIDENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management, place of registration or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5

PERMANENT ESTABLISHMENT

(1) For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;

- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) The term "permanent establishment" likewise encompasses:

- a) a building site, a construction, assembly or installation project or supervisory activities in connection therewith, but only where such site, project or activities continue for a period of more than nine months in the calendar year concerned; and
- b) the furnishing of services, including consultancy services, by an enterprise through employees or other personnel engaged by the enterprise for such purpose, but only where activities of that nature continue within the country for a period or periods aggregating more than six months in the calendar year concerned.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker,

general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6

INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7

BUSINESS PROFITS

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Convention, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

SHIPPING, INLAND WATERWAYS TRANSPORT AND AIR TRANSPORT

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) Profits from the operation of boats engaged in inland waterways transport shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(3) If the place of effective management of a shipping enterprise or of an inland waterways transport enterprise is aboard a ship or boat, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship or boat is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship or boat is a resident.

(4) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9**ASSOCIATED ENTERPRISES**

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Convention and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

Article 10**DIVIDENDS**

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of these limitations.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares of any kind, or other rights not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11

INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the interest is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the interest. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2,

- a) interest arising in a Contracting State and paid to the Government of the other Contracting State shall be exempt from tax in the first-mentioned State;
- b) interest paid in respect of a loan or credit made, guaranteed or insured by the Oesterreichische Kontrollbank AG or a similar Albanian public entity the objective of which is to promote export shall be exempt from tax in the Contracting State in which the interest arises.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities,

bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12

ROYALTIES

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such royalties may also be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the royalties is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties. The competent authorities of the Contracting States shall by mutual agreement settle the mode of application of this limitation.

(3) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(4) The provisions of paragraph 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is

effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a person who is a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13

CAPITAL GAINS

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic, boats engaged in inland waterways transport or movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains from the alienation of any property, other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14

INDEPENDENT PERSONAL SERVICES

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other similar services of an independent character shall be taxable only in that

State except in the following circumstances, when such income may also be taxed in the other Contracting State:

- a) if he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities; in that case, only so much of the income as is attributable to that fixed base may be taxed in that other State; or
- b) if his stay in the other Contracting State is for a period or periods amounting to or exceeding in the aggregate 183 days in any 12-month period commencing or ending in the calendar year concerned; in that case, only so much of the income as is derived from his activities performed in that other State may be taxed in that other State.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, dentists, lawyers, engineers, architects, auditors and accountants.

Article 15

INCOME FROM EMPLOYMENT

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19 and 20, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in any 12-month period commencing or ending in the calendar year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, or aboard a boat engaged in inland waterways transport, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16

DIRECTORS' FEES

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors or of a similar organ of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

ARTISTES AND SPORTSMEN

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by artistes or sportsmen if the visit to that State is wholly or mainly supported by public funds of the other State or political subdivisions or local authorities thereof or by an institution which is recognised as a non-profit institution. In such a case, the income is taxable only in the Contracting State in which the person is a resident.

Article 18

PENSIONS

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19

GOVERNMENT SERVICE

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a public legal entity thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or entity shall be taxable only in that State.

b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:

(i) is a national of that State; or

(ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.

(2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a public legal entity thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or entity shall be taxable only in that State.

b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.

(3) The provisions of Articles 15, 16, 17, and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a public legal entity thereof.

Article 20

STUDENTS

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

(2) In respect of grants, scholarships and remuneration from employment not covered by paragraph 1, a student described in paragraph 1 shall, in addition, be entitled during such education or training to the same exemptions, reliefs or reductions in respect of taxes available to residents of the State which he is visiting.

Article 21

OTHER INCOME

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Convention shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent

establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22

CAPITAL

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by boats engaged in inland waterways transport, and by movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft and boats, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

Double taxation shall be eliminated as follows:

(1) In Albania:

a) Where a resident of Albania derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Austria, Albania shall allow:

(i) as a deduction from Albanian tax on the income of that resident, an amount equal to the income tax paid in Austria;

(ii) as a deduction from Albanian tax on the capital of that resident, an amount equal to the capital tax paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the Albanian tax on income or on capital, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Austria.

b) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Albania is exempt from tax in Albania, Albania may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

(2) In Austria:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Convention, may be taxed in Albania, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) and c), exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11 and 12, may be taxed in Albania, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Albania. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Albania.
- c) Where in accordance with any provision of the Convention income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.
- d) The provisions of subparagraph a) shall not apply to income derived or capital owned by a resident of Austria where Albania applies the provisions of this Convention to exempt such income or capital from tax or applies the provisions of paragraph 2 of Articles 10, 11 or 12 to such income.

Article 24

NON-DISCRIMINATION

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11, or paragraph 6 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible

under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

Article 25

MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Convention. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Convention. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Convention.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26

EXCHANGE OF INFORMATION

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention or of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Convention. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same

manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes referred to in the first sentence. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public).

Article 27

MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS

Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28

ENTRY INTO FORCE

(1) This Convention shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) The Convention shall enter into force on the first day of the third month next following that in which the exchange of instruments of ratification takes place and its provisions shall have effect in respect of taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the exchange of instruments of ratification takes place.

Article 29

TERMINATION

This Convention shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either Contracting State may terminate the Convention, through diplomatic channels, by giving written notice of termination on or before the thirtieth day of June in a calendar year after the fifth year from the date of entry into force of the Convention. In such event, the

Convention shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning after December 31 in the calendar year in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE in duplicate at Tirana, on 14 December 2007, in the German, Albanian and English languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:
Klaus Derkowitsch m.p.

For the Republic of Albania:
Ridvan Bode m.p.

PROTOCOL

At the moment of signing the Convention for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital and for the prevention of fiscal evasion, this day concluded between the Republic of Austria and the Republic of Albania, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Convention.

1. With reference to Article 11:

It is understood that the exemption provided for in subparagraph b) of paragraph 3 of Article 11 shall apply only with respect to interest on loans or credits arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State if such interest is related to export transactions between the two States.

2. With reference to Article 12:

In respect of Article 12, payments received as a consideration for technical services, including studies or surveys of a scientific, geological or technical nature, or for engineering contracts including blue prints related thereto, or for consultant or supervisory services shall be deemed not to be payments received as a consideration for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

It is also understood that for the purpose of distinguishing between remuneration for services covered by Article 7 and remuneration for know-how covered by Article 12 of the Convention, the related costs (wage costs, travel expenditure, back-office costs and the like) shall be taken into account. This means that in cases where the remuneration mainly compensates for such costs (by taking into account an appropriate profit mark-up), such remuneration shall not constitute a royalty. However, in cases where such costs are disproportionately low in relation to the total remuneration, such remuneration shall constitute a royalty.

3. With reference to Article 16:

It is understood that any remuneration derived by a member of a board of directors under an employment or a service contract in his capacity as a manager, consultant or adviser shall not be covered by Article 16.

4. With reference to paragraph 3 of Article 17:

It is understood that paragraph 3 shall also apply to legal entities which carry on orchestras, theatres, ballet groups as well as to members of such cultural entities if such legal entities substantially are non-profit entities and if this is certified by the competent authority of the State of residence.

5. Interpretation of the Convention

It is understood that provisions of the Convention which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD-Model Convention on Income and on Capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD Commentary thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to the following:

- a) any reservations or observations to the OECD Model or its Commentary by either Contracting State;
- b) any contrary interpretations in this Protocol;
- c) any contrary interpretation in a published explanation by one of the Contracting States that has been provided to the competent authority of the other Contracting State prior to the entry into force of the Convention;
- d) any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Convention.

The OECD Commentary - as it may be revised from time to time - constitutes a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Tirana, on 14 December 2007, in the German, Albanian and English languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:
Klaus Derkowitsch m.p.

For the Republic of Albania:
Ridvan Bode m.p.